

**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Bielefelder Klimabeirates
am 15.09.2021**

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Jörg Beyer		anwesend bis 19:15 Uhr
Herr Dr. Godehard Franzen		
Herr Karl-Ludwig Meyer zu Stieghorst		
Herr Dr. Michael Schem	(Vorsitzender)	
Frau Petra Schepsmeier		
Frau Prof. Dr.-Ing. Eva Schwenzfeier-Hellkamp		
Herr Bernd Upmeier zu Belzen		
Frau Bettina Willner	(Stellv. Vorsitzen- de)	

Stimmberechtigte Stellvertretende Mitglieder

Herr Ferris Leander Fechner	
Herr Felix Meier	anwesend bis 18:00 Uhr
Herr Adalbert Niemeyer-Lüllwitz	
Herr Arne Potthoff	anwesend bis 18:30 Uhr

Verwaltung

Frau Tanja Möller	Umweltamt
Frau Birgit Reher	Umweltamt

Schriftführung

Frau Anke Egging Umweltamt

Öffentliche Sitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Dr. Schem begrüßt die Anwesenden und weist auf die Einhaltung der Hygienevorgaben zum Schutz gegen das Corona-Virus hin.

Herr Dr. Schem stellt den form- und fristgerechten Versand der Tagesordnung sowie die satzungsgemäße Beschlussfähigkeit des BKB fest. Ohne Ergänzungen wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Herr Dr. Schem verpflichtet Herrn Niemeyer-Lüllwitz als Stellvertretung für Herrn Dr. Kammerer.

Zu Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Bielefelder Klimabeirates am 25.05.2021

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Bielefelder Klimabeirats vom 25.05.2021 (Nr. 6) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Bericht aus dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Frau Willner berichtet aus der Sitzung vom 01.06.2021. Die beiden vom BKB vorgeschlagenen Projekte „3 Monate ohne Auto“ und „PKW-Abmeldeprämie“ seien positiv bewertet, beschlossen und anschließend umgesetzt worden. Zum Umgang mit den Beschlüssen des BKB sei seitens der Verwaltung erklärt worden, dass dem BKB keine „Sonderrolle“ zukomme. Gewisse Verzögerungen, die dadurch entstünden, dass die Verwaltung die Beschlüsse des BKB zunächst aufarbeiten und ggf. in eine Vorlage für den AfUK überführen müsse, entsprächen dem normalen Prozedere.

Dr. Schem berichtet aus der Sitzung vom 31.08.2021. Die Empfehlung zum Beitritt der Stadt Bielefeld im Netzwerk Bio-Städte sei aufgrund der noch kommenden Haushaltsberatungen bzgl. des benötigten Stellenanteils vertagt worden. Die Empfehlung zur Anpassung des Handlungsprogramms Klimaschutz mit dem Ziel Klimaneutralität bis 2035 sei beschlossen worden. In Bezug auf den Antrag zur „Förderung der ÖPNV- und Fahrradnutzung für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ sei erklärt

worden, dass es bei einem Fahrradleasing-Angebot wie „JobRad“ bisher nur eine Lösung für tariflich Beschäftigte nicht aber für Beamtinnen und Beamte gebe, so dass hierzu noch nach einer Lösung gesucht werde.

Herr Dr. Franzen stellt die Frage, warum über den Antrag zur Förderung der ÖPNV- und Fahrradnutzung für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in der Sitzung des AfUK nicht abgestimmt worden sei.

Frau Möller betont, dass seitens der Verwaltung (Dezernat 1) bereits umfassende Prüfungen anhängig seien und über das Ergebnis zum nächstmöglichen Zeitpunkt informiert werde. Die Vorschläge des BKB seien dem AfUK übermittelt worden, u. a. sei hierzu in der Sitzung des AfUK vom 01.06.2021 unter TOP Ö 15 durch Frau Willner berichtet worden.

Herr Dr. Franzen ergänzt, dass es aus seiner Sicht generell zum Respekt gegenüber dem BKB gehöre, dass im AfUK zu den empfehlenden Beschlüssen beraten und abgestimmt werde. Die mündlichen Ausführungen des Oberbürgermeisters in der AfUK-Sitzung zu einem Teilaspekt des BKB-Antrags ersetzen nicht den beratenden und abstimmenden Umgang im AfUK.

Frau Möller weist darauf hin, dass mit der Informationsvorlage „Umgang mit den Ergebnissen und Beschlüssen des Bielefelder Klimabeirats“ (Drs.-Nr. 1628/2020-2025) das Vorgehen ausführlich beschrieben worden sei.

Herr Niemeyer-Lüllwitz schlägt vor, diesen Beschluss des BKB abermals aufzunehmen und den AfUK zu bitten, den Antrag erneut zu behandeln.

Herr Dr. Schem greift den Vorschlag von Herrn Niemeyer-Lüllwitz auf und befragt den BKB zu folgendem

Beschluss:

Der Bielefelder Klimabeirat beschließt, sein Votum vom 25.05.2021 zum Antrag „Förderung der ÖPNV- und Fahrradnutzung bei Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes“ mit der Drucksachenummer 1471/2020-2025 erneut in den AfUK einzubringen mit der Empfehlung, der AfUK möge sich zu dem Antrag beraten.

- einstimmig bei 3 Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Herr Dr. Schem und Frau Reher berichten von der gut angenommenen Auftakt-Veranstaltung zu „3 Monate ohne Auto“ am 27.08.2021. Eine motivierte, sehr heterogene Gruppe von 46 Teilnehmenden habe nun die dreimonatige Zeit ohne eigenes Auto begonnen. Es werde noch im September ein erstes Online-Treffen für den Austausch von Erfahrungen angeboten. Das Projekt habe bundesweit Aufmerksamkeit erregt. Die „PKW-Abmeldeprämie“ sei ebenfalls gut angenommen worden, bisher

seien 47 Förderungen beantragt worden. Die Motivation zur PKW-Abmeldung sei sehr unterschiedlich und müsse anschließend ausgewertet werden.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 4

Strategien und Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren Energien der Stadtwerke Bielefeld

Herr Schipp und Herr Wittrowski von den Stadtwerken Bielefeld erläutern digital zugeschaltet via Zoom die Strategien und Ziele der Stadtwerke Bielefeld beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Präsentation ist in einer Kurzform im Ratsinformationssystem öffentlich einsehbar.

Herr Dr. Schem dankt für den Vortrag.

Auf Nachfrage stellt Herr Schipp klar, dass es das Ziel der Stadtwerke Bielefeld sei, bis 2030 ca. 445 Gigawattstunden Strom pro Jahr aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen, was zum Vergleich dem Stromverbrauch aller Bielefelder Haushalte entspräche. Es handele sich dabei etwa um ein Viertel des gesamten Strombedarfs von Bielefeld in Höhe von ca. 1,6 Terrawattstunden pro Jahr. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ginge anschließend weiter.

Frau Schepsmeier erläutert, dass es einhelliges Ziel sei, mit der Energiewende voran zu gehen. Sie differenziere allerdings zwischen der Stromerzeugung und dem Strombezug, den Bielefelder Haushalte auch bei einem anderen Anbieter bekommen können. Ebenso gebe es einen Unterschied bei der CO₂-Bilanzierung, bei der man entweder den Blick auf den territorial - also im Stadtgebiet - erzeugten Strom lenke oder auf alle Anteile an Stromerzeugungsanlagen der Stadtwerke Bielefeld, die auch außerhalb von Bielefeld stünden. Frau Schepsmeier sieht zudem Potenzial bei der Ausrüstung von Dachflächen in Bielefeld mit PV-Anlagen und empfehle deshalb die Unterstützung durch die Solaroffensive OWL.

Herr Dr. Franzen bekräftigt die Forderung nach einem Ausbau der Photovoltaik auf Bielefelder Dachflächen. Frau Professorin Schwenzfeier-Hellkamp und Herr Niemeyer-Lüllwitz regen an, diesbezüglich die Bauleitplanung anzupassen.

Herr Schipp sieht kein zwingendes Erfordernis, Klimaneutralität durch Anlagen auf dem Stadtgebiet herzustellen. Für Windenergieanlagen stünden in Bielefeld zum Beispiel keine Flächen zur Verfügung. Zur Hebung des Dachpotenzials arbeiten die Stadtwerke Bielefeld an Vermarktungskonzepten.

Frau Professorin Schwenzfeier-Hellkamp bringt zur Ergänzung der Zukunftsstrategien die Themen Lastanalyse, Lastverschiebung ein. Zudem sei Ganzheitlichkeit im Konzept in Bezug auf Wärme, Kraftstoffe und Speicherkapazität ein wichtiger Faktor.

Herr Schipp erklärt, dass zur Darstellung des konzeptionellen Überbaus die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadtwerke Bielefelds separat vorgestellt werden könne.

Der Bielefelder Klimabeirat verständigt sich auf folgenden

Beschluss:

Der Bielefelder Klimabeirat empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, bei der Erstellung von Bebauungsplänen die Möglichkeiten zur verpflichtenden Installation von Photovoltaik-Anlagen auf (gewerblichen und privaten) Dachflächen prüfen zu lassen.

Weiter empfiehlt der Bielefelder Klimabeirat, die Beratung der EnergieAgentur.NRW insbesondere der Solaroffensive OWL in Anspruch zu nehmen, solange die EnergieAgentur.NRW dies noch anbietet.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Antrag auf Auskunft zum Stand der Umsetzung der Klimanotstandforderungen 2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2246/2020-2025

Herr Dr. Schem erläutert, dass die von „Fridays for Future“ gestellte Anfrage laut Auskunft der Verwaltung zunächst an den AfUK weitergegeben werden müsse. Er wünscht, dass der BKB inhaltlich relevante Auskünfte selbständig einfordern darf, um seinem Auftrag gerecht werden zu können. Die Mitglieder des BKB bekräftigen diese Erwartung.

Frau Möller erläutert, dass vorbereitende Tätigkeiten angestoßen werden, so dass die Auskunft in allen betreffenden Gremien zeitnah vorgestellt werden kann. Es handele sich hierbei um eine umfangreiche Erfassung, die die gesamte Verwaltung betreffe. Zum Teil sei sie deckungsgleich mit dem Handlungsprogramm Klimaschutz. Zu diesem erfolge in Kürze eine Berichterstattung. Weiterhin erläutert Frau Möller die angespannte Personalsituation im Abschnitt Klimaschutz des Umweltamts. Hier seien 3,8 Vollzeitstellenäquivalente mit einem immensen Aufgabenportfolio belastet. Arbeitsaufträge in diesem Umfang erforderten aufgrund des beratenden Charakters des BKB ein entsprechendes Votum des AfUK als politisches Gremium.

Mehrere Mitglieder des BKB sehen die dringende Notwendigkeit, das Umweltamt personell zu stärken.

Herr Dr. Schem ergänzt die gestellte Anfrage um das Ergebnis der Diskussion, sodass folgender Beschluss gefasst wird.

Beschluss:

Der Bielefelder Klimabeirat empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, die Verwaltung um Auskunft zu bitten, inwiefern die neun in den im Jahr 2019 ausgesprochenen Klimanotstandsfordernungen aufgelisteten Punkte A bis I in der Stadtpolitik Einzug gefunden haben unter besonderer Berücksichtigung der im o.g. Antrag formulierten Fragen.

Der Bielefelder Klimabeirat verknüpft diesen Beschluss mit der Empfehlung, die Satzung des Bielefelder Klimabeirats hinsichtlich seiner Berechtigung zur Beauftragung der Verwaltung für die Beantwortung von Anfragen zu präzisieren. Dazu soll mit dem Vorsitzenden des BKB sowie dem Vorsitzenden des AfUK und der Umweltamtsleitung ein Konsens gefunden werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Verwendung der offenen Mittel des Klimabudgets 2021

Frau Möller erklärt, dass ein Rest des Klimabudgets 2021 in Höhe von 36.500 € bisher seitens des BKB keiner Empfehlung zur Verwendung zugeführt wurde.

Da neue Verwendungsmöglichkeiten derzeit nicht anvisiert seien, und außerdem ein weiterer Anteil des Budgets bisher nicht verausgabt sei, schlägt Herr Dr. Schem vor, die Photovoltaik-Förderung noch einmal aufzunehmen. Die Mitglieder des BKB signalisieren ihre Zustimmung.

Sodann ergeht folgender Beschluss.

Beschluss:

Der Bielefelder Klimabeirat empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, die verbleibenden Mittel des Klimabudgets 2021 in Höhe von 36.500 € für eine sofortige Wiederaufnahme der Förderung von PV-Anlagen anhand der „Förderrichtlinie zur finanziellen Unterstützung bei der Installation von Photovoltaikanlagen auf und an Wohngebäuden im Stadtgebiet Bielefeld“ zu verwenden.

Weiter empfiehlt der Bielefelder Klimabeirat, die verbleibenden Mittel des Klimabudgets 2021, welche in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 23.03.2021 zwar mit einem Verwendungszweck versehen worden waren, aber zum Stichtag 01.11.2021 nicht verwendet sein werden, ebenfalls der zur Verfügung stehenden Fördersumme zuzuschlagen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Vorbereitung Klimabudget 2022

Frau Willner trägt mündlich zwei Vorschläge aus dem Ernährungsbereich vor. Zum einen könnten Gastronomiebetriebe für die Teilnahme am bewusstseinsbildenden Projekt „Klimateller“ unterstützt werden, zum anderen könne die Anschaffung von Mehrwegsystemen in der Gastronomie gefördert werden, die ab 2023 verpflichtend sei.

Herr Fechner wünscht, dass das Thema Photovoltaik auf anderen Ebenen als der direkten Förderung weiterhin Beachtung finde und verstetigt werde.

Herr Dr. Schem bittet um weitere Vorschläge, um in der kommenden Sitzung des BKB weitere Möglichkeiten zur Verwendung des Klimabudgets 2022 beraten zu können.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Keine Berichte

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 9

Ausblick auf die kommende(n) Sitzung(en)

Frau Möller gibt bekannt, die Frist für die Einreichung von Anträgen für die Sitzung am 04.11.2021 ende am 14.10.2021. Ideen für Verwendungsmöglichkeiten für das Klimabudget 2022 würden ebenso bis zum 14.10.2021 aufgenommen werden.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 10

Verschiedenes

Herr Dr. Schem erklärt, dass das gewünschte Zoom-Meeting der BKB-Mitglieder am 16.09.2021 nicht stattfinde, aber ein Termin am 21.10.2021 um 18:00 Uhr geplant sei.

- Kenntnisnahme -

...

Dr. Michael Schem
(Vorsitzender)

Anke Egging
(Schriftführerin)